

UTE VOGT

INFORMIERT... ZUM ABSCHIED

Nr. 7

SPD

September 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

in diesem letzten Newsletter will ich herzlich Dankeschön sagen. Meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die mich viele Jahre, manche Jahrzehnte begleitet haben. Den Bürgerinnen und Bürgern, die sich kritisch, fragend, aber durchaus auch lobend an mich gewandt haben. Der unzählbaren Zahl an Ehrenamtlichen, die meine Wahl und meine Arbeit als Abgeordnete durch ihren Einsatz in und für die SPD möglich gemacht haben.

Als ich 1994 gewählt worden bin, hatte ich nur eine grobe Vorstellung von der Arbeit, die mich erwarten würde. Politik machen, klar, Anträge schreiben, diskutieren, streiten und Kompromisse finden, repräsentieren und natürlich Reden halten, das kannte ich schon aus dem Gemeinderat. Aber der große Anteil an persönlicher Beratung, Anlaufstelle zu sein für viele, die alleine einfach nicht mehr weiterkommen, das hatte ich nicht erwartet. Es ist der Teil der Arbeit, über den normalerweise nicht geredet und schon gar nicht geschrieben wird.

Häufig sind Abgeordnete die Ansprechpersonen, wenn jemand gar nicht mehr weiter weiß. Ein bisschen hat sich das übrigens die letzten Jahre gewandelt. Früher waren oft persönliche Probleme oder politische Vorschläge im Vordergrund - oder der Wunsch, sich über ein Thema auszutauschen, von dem man glaubt, dass die Abgeordnete davon noch nie gehört hat und das wissen muss. Heute melden sich nicht wenige einfach nur, um ihren Frust los zu werden und wollen weder zuhören, noch konkrete Lösungen oder Hilfe.

Hier ertragen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganz besonders viel. Sie sind die ersten, die am Telefon beschimpft werden. Die hunderte Mails am Tag sichten und sortieren und die übelsten Beschimpfungen manchmal gar nicht vorlegen. Die die Chefin vorbereiten, wenn sie zu Themen auskunftsfähig sein soll, die ihr weniger geläufig sind oder die sie gar nicht mag. Ohne so ein großartiges Team ist die Arbeit als Abgeordnete nicht zu bewältigen. Daher ein ganz besonders großer Dank an Claudia Eichert und Dr. Matthias Schruppf aus dem Stuttgarter Büro und Nina Pawlik und Sybille Thomas vom Berliner Team und an mein Team der AG Innen der Bundestagsfraktion. Einschließen will ich ausdrücklich auch die, die mich die Jahre zuvor begleitet haben. Im Abgeordnetenbüro und der SPD-Bundestagsfraktion, im SPD-Landesverband, der Landtagsfraktion, im Parteivorstand und im Innenministerium. Ohne euch hätte ich meine Arbeit nicht leisten können!

Die SPD, in die ich 1984 eingetreten bin, hat mir immer mehr Freude als Ärger bereitet. Die Mitgliedschaft in der SPD ist eine Frage der Grundhaltung gegenüber Menschen und der Gesellschaft. Ich bin stolz, dass ich 27 Jahre lang Volksvertreterin sein durfte und bin glücklich, meine SPD auch wieder stolz und stark zu erleben. Freundschaft!

Herzliche Grüße

ROTE POSITIONEN - GEFORDERT UND ERREICHT

„Reformen für Deutschland - Das Regierungsprogramm der SPD“ aus dem Jahr 1994, als ich das erste Mal in den Bundestag gewählt wurde, bietet einen interessanten Vergleich zwischen damals und heute. Was wurde erreicht? Und wie lange hat es gedauert? Einiges ist klar, anderes erstaunt! In meinem letzten Newsletter möchte ich nun die eine oder andere Bilanz ziehen.

STÄDTEBAUFÖRDERUNG

Das Erfolgsmodell, dem mit der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder der endgültige Durchbruch gelang. Allein in der letzten Legislaturperiode erhielt Stuttgart knapp 30 Mio. Euro, für Projekte in der Innenstadt, Stöckach, Hospitalviertel, Fasanenhof, Mühlhausen/Neugereut, Weilimdorf/Giebel.

1994 lag der Schwerpunkt noch auf Siedlungen der Nachkriegszeit und Plattenbauten. Neben reinen Planungs- und Baukosten gehören heute auch soziale Aspekte dazu. Übrigens: Bereits '94 forderten wir die Grundsteuer C für baureife Grundstücke. 2025 wird Hamburg sie als erstes Bundesland einführen. Baden-Württemberg will ein Gesetz dieses Jahr verabschieden.

FACHKRÄFTEEINWANDERUNGSGESETZ

Deutschland ist schon lange Einwanderungsland. Bisher sind insbesondere Hochqualifizierte, also Expertinnen und Experten mit Hochschulabschluss, gekommen. Wir brauchen aber heute längst auch Arbeitende im Handwerk oder Pflegerinnen und Pfleger. Ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz fordern wir schon lange. 1994 war es zum ersten Mal explizit im Wahlprogramm enthalten. Im März 2020 ist es dann endlich durchgesetzt worden!



Mit Ute Kumpf zusammen bei Dietmar Schulz von Karle-Recycling - Thema war das damals anstehende Kreislaufwirtschaftsgesetz.



1994 als neu gewählte Abgeordnete im Bundestag in Bonn, damals für den Wahlkreis Pforzheim / Enzkreis.

Im Programm '94 forderte die SPD „ein tatsächliches Kreislaufwirtschaftsgesetz, das den Namen auch verdient, weil es nicht nur Abfallströme regelt, sondern auch Anforderungen an Stoffe und Produkte stellen soll.“ 18 Jahre später war es soweit: Das Kreislaufwirtschaftsgesetz trat am 1. Juni 2012 in Kraft.

ATOMKRAFT - NEIN DANKE!

Wenn im kommenden Jahr 2022 das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet wird, geht zumindest in unserem Land zu Ende, was seit der frühen Mitte des 20. Jahrhunderts das „Atomzeitalter“ genannt wurde.

Das Für und Wider der Kernkraft als zentrale Technologie zur Energieversorgung hat mich schon vor dem Eintritt in die SPD begleitet. Mein Vater war Mitarbeiter beim Badenwerk (heute EnBW) und daher gab es schon am Wieslocher Küchentisch heftige Debatten. Im Gemeinderat stritt ich für die atomwaffenfreie Zone Wiesloch und für den Rückkauf der Netze, in Wackersdorf gegen die Wiederaufbereitungsanlage.

Das Atomendlager Gorleben war ein Symbol für die ungelösten Probleme des auf ewig strahlenden Atommülls. In den Anfangsjahren absolut unterschätzt, wurde die Frage nach dem wohin mit dem atomaren Restmüll immer drängender.

Ein gutes Gefühl, dass ich als Obfrau der SPD im Untersuchungsausschuss Gorleben einen ordentlichen Beitrag dazu leisten konnte, dass in dieses unsichere Salzbergwerk kein Atom-müll eingelagert wird!

Was passiert, wenn strahlender Abfall nicht sachgerecht gelagert ist, müssen wir noch immer beim Sondermülllager ASSE erleben. Nicht mehr in den Schlagzeilen, aber trotzdem noch nicht aus der Tiefe zurückgeholt.

Das Rückholgesetz für den Abfall in der ASSE und das Standortauswahlgesetz sind Meilensteine im Umgang mit Atommüll.



Gorleben-Besuch September 2010 des 1. Untersuchungsausschusses. 11 Jahre später - im September 2021 - wird Gorleben endlich geschlossen.

Wir waren sechs Frauen aus 5 Fraktionen, die diese Meilensteine parteiübergreifend auf den Weg gebracht haben.

Heute läuft das Verfahren zur Endlagersuche transparent und mit Bürgerbeteiligung. Die Asse wird geräumt, Morsleben wird stillgelegt und Gorleben wird aufgegeben und verfüllt.

Die Abwicklung der Atomenergie ist voll im Gange und die große Herausforderung liegt im weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien für Strom und Wärme, dem Bau von Überlandleitungen und dem Einsatz von besseren Stromspeichern.

Ein Beispiel, was politisches Engagement bewirkt. Von der Anti-Atombewegung kam das Thema in die Parteien. Den Ausstiegsbeschlüssen auf Parteitagen folgten Regierungsprogramme und am Ende eine Regierung, die den Ausstieg umgesetzt hat!



2013 wurde beim dreitägigen Bürgerforum u.a. eine verbindliche Festlegung, keine Castoren mehr nach Gorleben zu transportieren, gefordert. Im Standortauswahlgesetz haben wir geregelt, dass Castortransporte nur noch standortnah erfolgen.



Ohne Dialog keine Demokratie. Vor Ort war ich immer mit einem offenen Ohr unterwegs, habe sehr viele Menschen mit den unterschiedlichsten Geschichten kennengelernt. Einige Menschen behaupten, dass Politiker*innen weltfremd und schlecht informiert über die Sorgen der Bürger*innen seien. Das ist ein Trugschluss: Kaum jemand sieht so viele Menschen, Organisationen, Stadtteile und je nach Ressort sogar Länder wie Abgeordnete. Dann aktiv zu werden und Veränderungen anstoßen, das war immer mein Anspruch und Ziel.

Einiges hat sich seit unserem Wahlprogramm von '94 verändert

Passagen wie...

"Die Erziehung zur Partnerschaft zwischen Mann und Frau muß grundlegender Bestandteil der Jugendarbeit sein."

"Ferner muß berücksichtigt werden, daß Wohnungen gleichzeitig auch Arbeitsplätze von Frauen darstellen und daher bedürfnisgerecht zu gestalten sind."

würde sich heute wohl keine emanzipatorisch demokratische Partei mehr auf die Fahne schreiben. Schmunzeln ist hier aber ausdrücklich erlaubt!

Arbeit für alle...

... ist schon im Vorwort von Rudolf Scharping zum Programm '94 der erste Punkt. „Nach 12 Jahren Regierung Kohl ist die Bilanz erschreckend: Die höchste Arbeitslosigkeit ... Ich will eine Politik, die Arbeit für alle schafft.“ Gerade Hubertus Heil war ein guter Arbeitsminister, auch für die Chancen von Langzeitarbeitslosen, wieder in eine neue Beschäftigung zu finden. Nun wollen wir das Bürgergeld als Ablösung für die Hartz-Gesetze.



Mit den „roten Socken“ begannen CDU/CSU erstmals '94 im Wahlkampf. Sogar dieses Jahr haben Laschet und Söder aus purer Verzweiflung die Socke wieder aus der Schublade gekramt. Peinlich! Umso schöner die SPD-Antwort.

Bis heute im Wahlkampf unverzichtbar: die Kandidierendenflyer. Die Ersten konnte man noch ohne Probleme überall einwerfen, heutzutage gelten sie als unerwünschte Werbung. Ich finde, das ist eine überdenkenswerte Gerichtsentscheidung, denn neben der Unverletzlichkeit der Wohnung steht auch die politische Willensbildung im Grundgesetz.



1994 IM PROGRAMM UND BIS HEUTE ERREICHT

- **Rechtsanspruch Kindergartenplatz:** Seit 1996 gilt der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 3. Lebensjahr. Seit 2013 gibt es auch für Kinder zwischen 1 und 3 Jahren einen Rechtsanspruch auf Betreuung.
- **Armutsbericht einführen, alle 2 Jahre fortführen:** In jeder Legislaturperiode berichtet die Bundesregierung über Armut und Reichtum in Deutschland. Das wurde vom Bundestag am 27. Januar 2000 und 19. Oktober 2001 beschlossen. Der Bericht dient dazu, die Lebenslagen der Bürgerinnen und Bürger zu analysieren, die Wirksamkeit der bisherigen Politikansätze zu überprüfen und neue Maßnahmen anzuregen.
- **Volksbegehren, Volksentscheid einführen:** Heute sind Volksbegehren, Volksabstimmung, Bürgerbegehren, Bürgerentscheid auf Länderebene eingeführt. Streitpunkt immer wieder war die Herabsetzung des nötigen Quorums, die SPD ist für niedrigere Hürden.
- **Soziale Grundsicherung im Alter:** Zum 1. Januar 2005 wurde diese Sozialleistung eingeführt.
- **Altersteilrente:** Als Altersteilzeit dann in Gesetze gegossen; die erste Fassung von 1988 wurde von einer Neufassung am 1. August 1996 abgelöst.
- **Dauer Zivildienst auf Dauer Wehrdienst verkürzen:** 2004 war die Dienstdauer dann gleich lang. 2011 erfolgte die Aussetzung der Wehrpflicht, mit der auch der Zivildienst wegfiel und durch den Bundesfreiwilligendienst abgelöst wurde.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de



www.ute-vogt.de



www.twitter.com/UteVogt